



„WIR WOLLEN BLEIBERECHT“: Dafür demonstrierten am Mittwoch mehr als hundert Roma in der Gedenkstätte.

Bild: Heigl

Nach der Rede der Bundestagspräsidentin in der KZ-Gedenkstätte

Roma hoffen auf Rita Süßmuth und Rudolf Seiters

Bild: Archiv

„Wir bleiben hier – alle!“

Roma kämpfen für ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland: Über 400 Roma demonstrierten 1993 auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte in Dachau gegen ihre Abschiebung. Von Agnes Andrae

Mehrere hundert Roma suchten vom 16. Mai bis 8. Juli 1993 Zuflucht in der Versöhnungskirche auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte in Dachau, um sich gegen ihre bevorstehende Abschiebung zu schützen. Organisiert wurde die so genannte „Roma-Fluchtburg“ unter anderem von der Roma-Union in Süddeutschland und dem Roma National

Congress. Ziel der Aktion war, ein dauerhaftes Bleiberecht für Roma in Deutschland zu erlangen.

Wir vollziehen die Aktion anhand eines Presse- spiegels der damaligen Agenturmeldungen nach.

1993: Roma in Deutschland

Die Zufluchtsuchenden waren zum größten Teil abgelehnte AsylbewerberInnen, die eine Abschiebung nach Mazedonien oder andere Gebiete des ehemaligen Jugoslawiens befürchteten.

Mit dem Ausbruch des Jugoslawienkrieges 1991 nahm auch die Zahl der Roma-Flüchtlinge aus den Krisengebieten zu. Dem Kriegsausbruch und ihrer jahrhundertelangen Ausgrenzung und Diskriminierung zum Trotz versagte die BRD die Unterzeichnung der UN-Resolution 62 vom 5.3.1992 zum „Schutz der Roma“. Diese Resolution hätte die Roma offiziell als „ethnische und kulturelle Minderheit“ anerkannt. Darüber hinaus kam es durch den Ende 1992 veranlassten so genannten „Asylkompromiss“ zu einer absehbaren Verschärfung des Asylrechts in Deutschland. Die Möglichkeit, in Deutschland Asyl zu erhalten, sollte mit Hilfe einer Änderung des Grundgesetzes im Juni 1993 erheblich eingeschränkt werden. Durch das so genannte „Rückübernahmeabkommen“ mit Rumänien von November 1992 hatten die Roma zudem die Abschiebung in ein Land zu fürchten, in dem ihre Diskriminierung aufs Schärfste betrieben wurde.

Der Wege in die „Roma-Fluchtbürg“

Im Vorfeld der Roma-Zuflucht in Dachau gab es bereits einige Protestaktionen. Diese waren nur durch die verstärkte Aktivität der einzelnen Roma-Flüchtlinge, ihrer Vereine und Unterstützerorganisationen möglich. Den Startpunkt dieser dichteren Vernetzung stellt der weltweit beachtete Hungerstreik 1980 dar. Dabei protestierten zwölf Sinti und Roma für eine Entschädigung ihres Leidens während des Zweiten Weltkriegs eine Woche lang auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte in Dachau. Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre kam es zu Protestaktionen in Köln, Tübingen und Neuengamme. Ein weiterer Versuch der Besetzung des ehemaligen Konzentrationslagers in Neuengamme 1993 scheiterte jedoch. Laut einer dpa-Meldung vom 17.5.1993 zogen mehr als 100 Roma von Neuengamme weiter nach Dachau und ließen sich dort am 16. Mai auf einem Kornfeld vor der Gedenkstätte nieder.

„Ich will hier keine Unruhen“

Zunächst baten 40 von ihnen um Kirchenasyl in der evangelischen Versöhnungskirche, die sich auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers befindet. Unterstützt wurden die Roma vom ehren-

amtlichen Arbeitskreis Asyl in Dachau und dem Münchener Bündnis gegen Rassismus. Am Anfang waren die Zufluchtsuchenden vom Münchener Dekan der evangelischen Kirche und dem Pfarrer der Versöhnungskirche willkommen geheißen

worden, der Protest verlief friedlich. Dies war auch ganz im Sinne des Präsidenten der Roma-Union in Süddeutschland, Jasar Demirov, der laut dpa vom 24.6.1993 sagte: „Ich will hier keine Unruhen“. Diese friedliche Zusammenarbeit der Protestierenden mit der Kirche sollte jedoch schnell vergessen sein: Vom 9. bis 13. Juni fand unter dem Motto „Nehmet einander an“ der evangelische Kirchentag auf dem Gedenkstätten-Gelände statt. Nach Beendigung des Kirchentages sollte auch das menschliche Motto des Kirchentags rasch verblasen. Das bayerische Innenministerium drohte mit polizeilicher Räumung und Abschiebung der mittlerweile über 400 Roma, falls diese die KZ-Gedenkstätte bis zum 20. Juni nicht verlassen sollten. Die Kirche unterstützte diese Forderung und befand in ihrer Pressemitteilung vom 18. Juni mit dem Titel „Wir haben unsere Möglichkeiten ausgeschöpft“, dass „es von staatlicher wie von kirchlicher Seite kein Recht gäbe, den Aufenthalt der Roma in der KZ-Gedenkstätte weiter zu dulden“. Jasir Demirovs Antwort darauf war, wie die Süddeutsche Zeitung am 20.6.1993 schrieb, „Wir bleiben hier - alle.“ Lediglich Pfarrer Heinrich Bauer und Diakon Peter Klentzan standen weiterhin auf der Seite der Roma.

Um die Öffentlichkeit zu beruhigen, die zunehmend empört auf die Aussagen der Kirche reagierte, folgte am 24. Juni ein Angebot des Landeskirchenrats der Evangelischen-Lutherischen Kirche. Den Roma sollte kein allgemeines Bleiberecht ermöglicht werden, sondern ihr Problem sollte mit Hilfe von „nochmalige(n) juristische(n) Einzelfallprüfung(en)“, wie es in der Pressemitteilung vom 24. Juni heißt, gelöst werden. Dieses Angebot sollte aber nur für etwa 30 bis 40 der Betroffenen gelten und hatte wenig Aussicht auf Erfolg, da viele der Asylanträge der Roma in der Vergangenheit

bereits als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt worden waren. Die Roma und ihre UnterstützerInnen lehnten das Angebot daher ab. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, organisierten die Betroffenen zusammen mit anderen Gruppen am 3. Juli eine Demonstration in Dachau.

Beckstein greift durch

Der Protest sollte jedoch nicht mehr lange andauern. Nach 53 Tagen in der KZ-Gedenkstätte wurde er auf Geheiß des damaligen bayerischen Innenministers Günther Beckstein beendet. Am 7. Juli wurde vom bayerischen Kultusministerium, das auf dem Dachauer Gelände das Hausrecht besitzt, bei der Innenbehörde Strafantrag gegen die Roma gestellt. Einer AP-Meldung vom 8. Juli lässt sich die Begründung entnehmen: „Der Zustand konnte nicht länger geduldet werden. Die Kirchen haben sich am Ende ihrer Möglichkeiten gesehen.“ Das letzte Angebot der Kirchen, die Betroffenen nach genauer Feststellung ihrer Personaldaten und ihres

Herkunftslandes in anderen kirchlichen Einrichtungen unterzubringen, wurde von vielen Roma abgelehnt. Weil ihnen eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs drohte, zogen die

Roma vom Gelände auf den davor liegenden Parkplatz um. Sie kündigten einen Hungerstreik an, um der polizeilichen Räumung zu entgehen. Kurz vor Ablauf der von Beckstein gestellten Frist um Mitternacht des 7. Juli '93 verließen die Roma den Parkplatz jedoch freiwillig, da die Polizei mit Personalkontrollen drohte. Dies hätte eine sofortige Abschiebung von einigen Betroffenen zur Folge gehabt. Den Abschluss machte eine Kundgebung am 8. Juli auf dem Marienplatz in München, die Jasir Demirov, laut einer dpa-Meldung vom selben Tag, mit den Worten „weniger eine Kundgebung als eine Abschiedsfeier“ beschrieb.

Wie AP am 9. Juli meldete, machte Beckstein klar, dass er ähnliche Protestaktionen in Zukunft bereits im Ansatz verhindern und das neue Asylrecht konsequent durchsetzen wolle.

Protestmarsch durch Süddeutschland

Die Protestaktion ging jedoch weiter. Einer dpa-Meldung vom 8. Juli zufolge verließen bereits am 7. Juli etwa 250 Menschen in 35 Fahrzeugen das KZ-Gelände. Sie zogen in Richtung Straßburg zum europäischen Parlament. Sie wollten beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine Klage wegen politischer Verfolgung einreichen. Darüber hinaus waren Gespräche mit Vertretern des Europarates und des Europäischen Parlaments über ein dauerhaftes Bleiberecht geplant. An der deutsch-französischen Grenze in Kehl musste die Gruppe stoppen. Weil ihnen Ausweise oder Visa fehlten, durfte die Mehrzahl der Betroffenen die Grenze nicht passieren. Am 8. Juli meldete AFP, dass bereits 300 französische Bereitschaftspolizisten auf die Gruppe der Roma warteten, um diese im Ernstfall von der Grenzüberschreitung abzuhalten. Nach einigen Schwierigkeiten mit der Stadt Kehl und dem vergeblichen Versuch, die Grenze zu überschreiten, mussten die Protestierenden die Stadt wieder verlassen. Am 16. Juli begannen sie einen Protestmarsch durch Süddeutschland und zogen unter anderem durch die Städte Offenburg, Lahr, Herbolzheim, Freiburg, Villingen, Singen, Konstanz und Großschönach. Bereits in Kehl fanden zahlreiche Gespräche statt, unter anderem mit dem Generalsekretär des Europarates Peter Leuprecht und Ken Coates, dem Vorsitzenden des Unterausschusses für Menschenrechte im Europaparlament. Diese und andere Parlamentarier sicherten den Roma ihre Unterstützung zu. Eine Delegation von 260 Roma schaffte es schließlich nach Genf und protestierte dort gegen ihre drohende Abschiebung.

Und heute?

Heute, 17 Jahre später, hat sich die Situation der Roma in Deutschland wenig verbessert. Gegenwärtig sind etwa 10.000 Roma in Deutschland von der Abschiebung in den Kosovo bedroht. Das so genannte „Rückübernahmeabkommen“ vom November 2008 zwischen der deutschen und kosovarischen Regierung macht die Abschiebungen rechtlich möglich. Das bedeutet für viele Roma, in ein Land zurückkehren zu müssen, in dem ihre Diskriminierung auch von staatlichen Stellen praktiziert wird.

300 französische Bereitschaftspolizisten warteten bereits auf die Gruppe der Roma, um diese im Ernstfall von der Grenzüberschreitung abzuhalten.

Agnes Andrae
studiert Soziale
Arbeit in München
und arbeitet beim
Bayerischen Flüchtlingsrat

Dramatischer Moment

Herr Klentzan, bitte schildern Sie die Eindrücke von damals, die Ihnen am stärksten im Gedächtnis geblieben sind.

Peter Klentzan: Die für mich intensivsten Augenblicke lagen in dem Zeitraum vor und am Tag des Verlassens der Gedenkstätte. In der Gruppe der Zufluchtsuchenden und der UnterstützerInnen war ein Kampf spürbar, ein ständiges Hin und Her, was man tun sollte. Dies war ein dramatischer Moment. Was mir auch besonders im Gedächtnis geblieben ist, ist die Tatsache, dass am Anfang etwa zwei handvoll Menschen in der Kirche Zuflucht suchten und sich daraus ein riesiges Zelt Dorf mit etwa 400 Beteiligten entwickelt hat. Den starken Regen, der die Kirche und den Gesprächsraum für einige Zeit überschwemmte, werde ich auch nie vergessen. Die Menschen waren komplett durchnässt und haben trotzdem weitergemacht. Das Zeltlager hat insgesamt die Gedenkstätte für kurze Zeit unübersehbar verändert: Aus einem Ort, an dem man der Toten gedenkt, wurde ein lebendiger Platz, auf dem Kinder spielten und die Leute grillten. So habe ich die Gedenkstätte nur einmal erlebt. Wenn ich heute daran zurück denke, ist das ein fast unwirkliches

Bild.

In den Medienberichten wird immer wieder deutlich, dass die Betroffenen, die Kirche und die UnterstützerInnen teils unterschiedlicher Meinung waren. Wie haben sie das empfunden?

Die Gruppe veränderte sich, als Rudko Kawczynski vom Roma National Congress sich an den Protesten beteiligte. Durch sein Dazustoßen teilten sich die Beteiligten: Die Gruppe von Jasir Demirov von der Roma Union Süddeutschland wurde dominiert von dem politisch erfahreneren und professionelleren Rudko Kawczynski. Erstere wollten das Angebot des Innenministeriums annehmen und das Gelände unter der Bedingung verlassen, dass keine Personalien kontrolliert würden, und dann weiter nach Straßburg ziehen. Kawczynski wollte der Forderung, das Gelände zu verlassen, nicht nachgeben. Dadurch waren natürlich auch die Unterstützerguppen geteilter Meinung.

Wie sahen sie das Angebot des Landeskirchenrats der Evangelischen-Lutherischen Kirche, die Fälle im Einzelfall zu prüfen?

Das sollte nach meiner Meinung jeder Betroffene für sich selbst entscheiden. Wir suchten im

Münchner Umkreis nach Kirchen, die uns für die Durchführung weiterer Kirchenasyle geeignet schienen, also auch politisch agieren wollten. Wir haben uns dann um die Unterbringung und Betreuung der Menschen gekümmert. Viele sind aber nach Straßburg weiter gezogen, wo sich der Protest sozusagen zerbröckelt hat.

Wie sehen sie aus heutiger Sicht den Erfolg der Aktion?

Viele der Länder, aus denen die Roma von damals stammten, sind bald Mitglieder der EU geworden oder waren es bereits. Die Belange der Roma sind mittlerweile zum Thema innerhalb der EU geworden. Damals war der Protest für viele eine Chance, so lange in Deutschland zu bleiben, bis sich die Lage in ihrem Heimatland zumindest etwas verbessert hat. Zumindest konnte erreicht werden, dass die Belange der Roma heute auf der Agenda der EU stehen und das ist ganz gewiss ein Erfolg, der auch durch die Roma-Zuflucht in Dachau angestoßen worden ist.<



Das Recht zu bleiben, das Recht zu gehen

**Es gibt nur eine einzige Welt
und damit die Gleichheit aller
Menschen an jedem Ort.**

Die Partner von medico international in Mauretanien, Marokko und Mali leisten vor Ort Akuthilfe für diejenigen, die nur mehr ihr nacktes Leben haben: Migranten, die auf dem Weg nach Europa sind; Abgeschobene, die Europa täglich nach Westafrika ausfliegt. Unterstützen Sie die Arbeit dieser mutigen Menschenrechtler und Selbsthilfegruppen zwangswise Remigrierter mit Ihrer Spende.

**Stichwort: Migration
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01
Spendenkonto: 1800**

**Tel. (069) 944 38-0
www.medico.de**

m)
medico international